

MANEO+

S. 8
Opferhilfe

**OPFERINTERESSEN UND
STRAFVOLLZUG**

S. 14
Gewaltprävention

**MOBILE WACHE JETZT
AM NOLLENDORFPLATZ**

S. 16
Empowerment

**KAMPAGNE GEGEN
ANTISEMITISMUS IM
REGENBOGENKIEZ**

S. 2
Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

**BITTET LSBT* UM VERGEBUNG
FÜR ERLITTENES UNRECHT**



Topstory

BUNDESPRÄSIDENT FRANK-WALTER STEINMEIER BITTET UM VERGEBUNG



Am 03. Juni 2018 hielt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier anlässlich des Festaktes „Zehn Jahre Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen“ eine denkwürdige Rede am Homomahnmal in Berlin-Tiergarten. Er entschuldigte sich als Staatsoberhaupt für die vielen Jahrzehnte der Verfolgung und Entwürdigungen. „Was gegenüber anderen Opfergruppen gesagt wurde, ist Ihnen bisher versagt geblieben. Deshalb bitte ich heute um Vergebung – für all das geschehene Leid und Unrecht, und für das lange Schweigen, das darauf folgte.“ Nachfolgend die Rede des Bundespräsidenten.



Foto: Berlin, 03.06.18 - Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, © Bundesregierung / Stefanie Loos

”

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ ...

... Dieser Satz steht für uns Deutsche ganz am Anfang.

Es ist der erste Satz im ersten Artikel unserer Verfassung. Ein Satz, formuliert als Bollwerk gegen die Unmenschlichkeit. Dafür gab es wahrlich Grund. Denn die Würde des Menschen war angetastet, geleugnet und verletzt worden – mit System und mit staatlichen Mitteln der Erniedrigung, Verfolgung, Folter und Mord, in den Jahren der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Deutsche haben millionenfach in Deutschland und in ganz Europa Menschen verschleppt und ermordet. Deutsche haben ganze Länder und Landstriche verwüstet und dabei tiefe Wunden im Gesicht Europas hinterlassen. Unser Land hat in diesen zwölf Jahren schwere Schuld auf sich geladen.

Und wer heute den einzigartigen Bruch mit der Zivilisation leugnet, kleinedet oder relativiert, der verhöhnt nicht nur die Millionen Opfer, sondern der will ganz bewusst alte Wunden aufreißen und sät neuen Hass. Dem müssen wir uns gemeinsam entgegenstellen.

Es ist wahr: Das aufrichtige Erinnern an diese schreckliche Zeit, vor allen Dingen an die Opfer und ihr Leid, das ist uns Deutschen nie leicht gefallen, weder im Osten noch im Westen. Es war ein langer Weg. Der Mantel des Schweigens lag jahrzehntelang über den Abendbrottischen und erstickte jede notwendige Diskussion.

Und ja: Irgendwann kam die Erinnerung dann doch nach Deutschland. Aber sie kam langsam. Sie kam etappenweise. Sie kam verspätet, für viele viel zu spät.

Heute ist die aufrichtige Erinnerung ein Eckstein unserer Identität. Leicht fällt sie uns trotzdem nicht. Viele Wunden von damals sind auch heute noch nicht verheilt. Viel zu oft gibt es auch heute wieder Anlass zur Wachsamkeit. Erinnern heißt auch: wach bleiben.



Foto: Berlin, 03.06.18 - Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, © Bundesregierung / Stefanie Loos

Deshalb ist es richtig, wenn heute jeder Stadtspaziergang rund ums Brandenburger Tor an Orten der Erinnerung vorbeiführt. Alle vier Denkmäler wurden von Bürgern eingefordert, auch dieses hier. Politik und Staat ließen sich oft lange bitten. Lieber Albert Eckert, lieber Günter Dworek, Sie beide können stellvertretend für viele die heute hier sind davon berichten.

Auch dank der Arbeit der Stiftung sind diese vier Erinnerungsorte heute zu wichtigen Symbolen des modernen Deutschland geworden. Zu Symbolen eines Landes, das auch seine dunkelsten Momente kennt und sie nicht verschweigt. Eines Landes, das immer wieder an das „Niemals wieder!“ denken möchte. Eines Landes also, das sich erinnern will.

Heute erinnern wir uns an die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen. Wir gedenken der vielen zehntausend

Menschen, deren Privatheit, deren Leben, deren Liebe, und ja, deren Würde auf niederträchtigste Weise angetastet, geleugnet und verletzt wurden.

Wir gedenken der über 50.000 Männer, die nach dem nationalsozialistisch verschärften Paragraphen 175 des Strafgesetzbuches verfolgt wurden. Sie wurden eingesperrt. Sie wurden vorgeführt. Ihre Existenzen wurden vernichtet. Man hat sie gefoltert, in Zuchthäuser und in Konzentrationslager geschickt. Tausende dieser Männer kamen ums Leben. Ihrer gedenken wir heute.

Wir gedenken auch der anderen Menschen, die wegen ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer sexuellen Identität von den Nazis verfolgt und schikaniert wurden. Manche litten unter dem allgemeinen Klima aus Hass und Verachtung, weil sie zum Beispiel lesbisch waren, inter- oder transsexuell. Andere

kamen aus anderen Gründen ins Visier: als Juden, als sogenannte Asoziale, als Teil der Swingjugend, als Sozialisten und als Kommunisten – und doch auch aufgrund ihrer Sexualität. Ihnen allen wurde Leid zugefügt. All ihrer gedenken wir heute.

Mit ihrem Hass wollten die Nationalsozialisten auch jene vielfältige Szene aus der deutschen Geschichte herauschneiden, die unser Land gerade im Berlin der Weimarer Jahre schon einmal bereichert hatte. Das geistige Erbe, die freiheitlichen Ideen von Karl Heinrich Ulrichs, von Johanna Elberskirchen und von Magnus Hirschfeld – sie galten als volksfeindlich und sollten wieder in der Kulisse der Geschichte verschwinden.

Diesem Wahnsinn fielen Unzählige zum Opfer, unzählige Leben wurden aus der Spur geworfen. Es ist gut, dass wir uns heute an sie erinnern.

Zu unserem Gedenken muss aber auch die Zeit nach 1945 gehören. Denn in der jungen Bundesrepublik, da gab es noch kaum jemanden, der es besonders eilig damit hatte, das Erbe von Hirschfeld wiederherzustellen. Für all diejenigen, deren Sexualität schon vor 1945 als eine Straftat galt, für sie persönlich war der 8. Mai 1945 nicht der Tag der völligen Befreiung.

Denn auch unter dem Grundgesetz waren sie weiterhin dem Paragraphen 175 ausgeliefert, wie auch in der DDR. In der Bundesrepublik galt er mit dem seit 1935 unveränderten Wortlaut weiter.

Mehr als 20 Jahre lang wurden zehntausende Männer in der Bundesrepublik noch nach dem Paragraphen 175 verhaftet, verurteilt und eingesperrt. Sie mussten sich weiter verstecken, wurden weiterhin bloßgestellt, haben weiterhin ihre wirtschaftliche Existenz riskiert. Oft genügte schon ein Ermittlungsverfahren.

Die neue freiheitliche Ordnung in unserem Land, sie blieb über viele Jahre für viele noch unvollkommen. Die Würde von Homosexuellen, sie blieb antastbar. Zu lange hat es gedauert, bis auch ihre Würde etwas gezählt hat in Deutschland. Und die Jahre bis dahin, sie waren für Opfer und Aktivisten ein langer Weg, mit mühseligen Auseinandersetzungen.

Unsägliches Leid haben Homosexuelle während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft erfahren. Und auch nach 1945 blieb ihr Schicksal lange, zu lange verschwiegen.

Aber: Sich zu korrigieren, sich ehrlich an die Geschichte zu erinnern – und sich nötigenfalls auch zu entschuldigen, wenn Unrecht geschehen ist: das sind große Stärken der Demokratie.

Als Bundespräsident ist mir heute eines wichtig: Ihr Land hat Sie zu lange warten lassen. Wir sind spät dran. Was gegenüber anderen Opfergruppen gesagt wurde, ist Ihnen bisher versagt geblieben. Deshalb bitte ich heute um Vergebung – für all das geschehene Leid und Unrecht, und für das lange Schweigen, das darauf folgte.

Wahr ist auch: Unser Land hat dazugelernt. Ich sehe heute viele hier bei uns, die dafür seit Jahrzehnten mit all ihrer Kraft gesorgt haben. Ihnen ist es zu verdanken, dass das Erbe von Ulrichs, Elberskirchen und Hirschfeld trotz allem weiter gedeihen konnte. Ich finde, das ist gut für unser Land!

Fast 50 Jahre nach Stonewall, bald 40 Jahre nach den ersten Christopher Street Days in Deutschland, 17 Jahre nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz und ein Jahr nach der Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts steht für mich fest: Sie, liebe Engagierte und politisch Bewegte, vor allen Dingen Sie haben viel erreicht. Darauf können Sie stolz sein, und ich hoffe, dass wir es heute auch gemeinsam sein können!

Ihnen allen hier am Denkmal, und allen Schwulen, Lesben und Bisexuellen, allen Queers, Trans- und Intersexuellen in unserem Land, Ihnen allen rufe ich heute zu: Auch Ihre sexuelle Orientierung, auch Ihre sexuelle Identität stehen selbstverständlich unter dem Schutz unseres Staates. Auch Ihre Würde ist so selbstverständlich unantastbar, wie sie es schon ganz am Anfang hätte sein sollen.

Wir alle wissen: Es gibt noch einiges zu tun. Wir können uns nicht zufrieden zurücklehnen, wenn homophobe Beleidigungen heute wie selbstverständlich auf Schulhöfen zu hören sind. Wenn wir mit trauriger Regelmäßigkeit engagierte Menschen aus anderen Ländern auszeichnen müssen, die für ihr Ringen um elementare Menschen- und Bürgerrechte Leib und Leben riskieren.

Auch deshalb ist und bleibt es wichtig, dass wir immer wieder an unsere Gedenkort kommen, dass wir hierherkommen, uns erinnern und im Erinnern unsere Verantwortung für das Heute erkennen.

Wir sind es der Würde der Menschen schuldig.

Vielen Dank.

“



Foto: Berlin, 03.06.18 Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, © Bundesregierung / Stefanie Loos



Opferhilfe

OPFERINTERESSEN UND STRAFVOLLZUG

von Dr. jur. Dipl.-Psych. Christoph Gebhardt,
Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Frankfurt am Main a.D.

Eine Reihe von Gesetzesänderungen hat in den letzten Jahren die Rechte der Kriminalitätsoffer im Strafverfahren gestärkt. Das betrifft nicht nur das Erkenntnisverfahren (das Strafverfahren bis zur Verurteilung des Täters). Auch im Vollstreckungsverfahren gegen verurteilte Täter haben Opfer Rechte, auch gegenüber dem Strafvollzug. Leider sind der Praxis diese Rechte noch zu wenig bekannt. Manchmal kennt und beachtet sie nicht einmal die Justizvollzugsanstalt (JVA), was auch daran liegt, dass Opfer ihre Rechte zu selten wahrnehmen.

Es handelt sich um Rechte des Opfers auf

1. **Information** über die verhängte Strafe und über den Ablauf des Strafvollzugs

und

2. **Berücksichtigung von Opferbelangen** im Vollzugsplan der JVA

1. Information

Dem Opfer ist unter anderem mitzuteilen, ob das Gericht dem Täter ein Kontaktverbot auferlegt hat (§ 406 d Abs. 2 Nr. 1 StPO). Das ist wichtig für Opfer von häuslicher Gewalt und Stalking. Das Opfer kann Verstöße melden. War das Kontaktverbot eine Weisung in der Bewährungsfrist (§ 56c Abs. 2 Nr. 3 StGB), kann dem Täter die Strafaussetzung bei Verstoß widerrufen werden.

Sitzt der Täter im Gefängnis, ist das Opfer zu informieren, wenn „sein“ Täter Ausgang oder Urlaub erhält (§ 406d Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und Nr. 4 StPO). Das Opfer soll dem Täter nicht plötzlich gegenüberstehen, während es ihn noch im Gefängnis vermutet.

Wenn der Täter aus dem Gefängnis ausgebrochen (selten) oder von Ausgang/Urlaub nicht zurückgekehrt (häufiger) ist, muss die JVA das Opfer ebenfalls informieren (§ 406d Abs. 2 Nr. 3 StPO).

Diese Informationen erhält das Opfer aber nur auf Antrag. Den Antrag kann das Opfer schon früh im Ermittlungsverfahren – bei Polizei oder Staatsanwaltschaft – stellen. Das birgt die Gefahr, dass die Weiterleitung des Antrags an die JVA unterbleibt. Das Opfer selbst – oder die Nebenklagevertretung – sollte daher die JVA vorsorglich vom Antrag informieren.

2. Opferbelange im Vollzugsplan

Inzwischen sehen alle Justizvollzugsgesetze – jedes Land hat sein eigenes – vor, die Opferbelange im Vollzugsplan zu berücksichtigen. Ein gutes Beispiel ist das Berliner Strafvollzugsgesetz, das dem Opferbezug einen eigenen Paragraphen widmet:

„§ 6 Verletztenbezogene Vollzugsgestaltung

1. Die berechtigten Belange der Verletzten von Straftaten sind bei der Gestaltung des Vollzugs, insbesondere bei der Erteilung von Weisungen für Lockerungen, bei der Eingliederung und Entlassung der Gefangenen, zu berücksichtigen.

2. Der Vollzug ist darauf auszurichten, dass die Gefangenen sich mit den Folgen ihrer Straftat für die Verletzten und insbesondere auch deren Angehörige auseinandersetzen und Verantwortung für ihre Straftat übernehmen.

3. Die Gefangenen sollen angehalten werden, den durch die Straftat verursachten materiellen und immateriellen Schaden wieder gut zu machen.

4. Für Fragen des Schutzes von Verletzten und des Tauschgleichs sollen Ansprechpartnerinnen oder Ansprechpartner in den Anstalten zur Verfügung stehen. Verletzte, die sich an die Anstalten wenden, sind in geeigneter Form auf ihre Rechte, auch ihre Auskunftsansprüche nach § 46 des Justizvollzugsdatenschutzgesetzes Berlin vom 21. Juni 2011 (GVBl. S. 287) in der jeweils geltenden Fassung hinzuweisen. ...“

Der oben zuletzt zitierte § 46 Abs. 2 Nr. 1 Berliner Justizvollzugsdatenschutzgesetz lautet:

„(2) Den Verletzten einer Straftat sowie deren Rechtsnachfolgern sind darüber hinaus auf schriftlichen Antrag Auskünfte zu erteilen

1. über die Entlassungsadresse oder die Vermögensverhältnisse von Gefangenen, soweit die Auskunft zur Feststellung oder Durchsetzung von Rechtsansprüchen im Zusammenhang mit Straftaten erforderlich ist...“

Bei Tätern, die längere Strafen verbüßen, kann es sich für Opfer empfehlen, Schadensersatzansprüche schon während der Haftzeit geltend zu machen. Das Arbeitsentgelt von Gefangenen ist unter bestimmten Voraussetzungen pfändbar.

Das Niedersächsische Justizministerium hat 2015-2016 ein Projekt „Opferorientierung im Justizvollzug“ durchgeführt, um dort die Durchsetzung der Opferrechte praktisch zu verbessern. Dessen gehaltvoller Abschlussbericht, zugänglich auf der Homepage des Niedersächsischen Justizministeriums, beschreibt geeignete Maßnahmen: Die Berufung eines Ansprechpartners für Opferbelange in jeder JVA, Schulungen des Allgemeinen Vollzugs- und des Sozialdienstes, die Opferbelange berücksichtigende Formblätter für Vollzugspläne und Antragstellung usw.

Es ist zu hoffen, dass die Rechte der Opfer gegenüber verurteilten Tätern besser bekannt und regelmäßig wahrgenommen werden. Darauf hinzuwirken, ist auch Aufgabe der Opferhilfen.



Was ich erlebt habe

„STETTIN BEI NACHT“

Gunnar, 36 J., Berlin

Mit unserer Aktion ‚Was ich erlebt habe‘ möchten wir LSBT* einladen, uns eine reale, kurze Geschichte über ein Ereignis aus ihrem Leben aufzuschreiben, also was sich zugetragen hat und wie es erlebt wurde. Eingeladen sind auch deren Eltern und Geschwister, über ein persönliches Erlebnis oder eine Beobachtung zu erzählen, die sie mit ihren LSBT*-Kindern bzw. -Geschwistern gemacht haben. Hier veröffentlichen wir eine weitere Geschichte.

Wochenende. Endlich. Vom Büro schnell nach Hause. Taschen geschnappt. Mann geschnappt. Auf zum Bahnhof. Ziel: Stettin. Von Berlin fahren wir bequem im Regionalzug ohne Umsteigen. Es ist unsere erste Reise in die Stadt, die früher Berlins Seehafen war. Die meisten Waren aus den nördlichen und östlichen Ländern Europas, bestimmt für die deutsche Hauptstadt, kamen per Schiff über die Ostsee nach Stettin. Heute heißt die Stadt Szczecin und ist eine polnische Stadt an der Grenze zu Deutschland.

Wir haben uns in einem einfachen, aber zentral gelegenen Hotel eingemietet und erkunden zu Fuß die Stadt. Wir gehen auch mal Hand in Hand, so wie wir das in Berlin auch öfter tun, ganz normal. Meinem Gatten war dennoch nicht ganz wohl dabei, weil bekannt ist, wie katholisch die polnische Bevölkerung ist und Homosexualität dort noch nicht die gleiche Akzeptanz findet. Also blieb es bei einem schnellen Kuss und einer unverfänglichen Berührung.

Abends suchten wir eine Bar mit schwulem Publikum auf, eine der wenigen in der Stadt. Es wurde sehr spät. Die Stimmung war gut. Es gab freie Getränke, denn die Bar schloss am folgenden Tag für immer. Schade. Wir verließen die Kneipe kurz nach Mitternacht mit zwei netten Polen, Tomasz und Piotr. Sie kamen extra für den Abend aus Danzig. Wir lachten noch viel und überlegten, eine weitere Bar in der Innenstadt von Szczecin aufzusuchen. Piotr, der eine kleine Wohnung in der Stadt besaß, lud uns alle ein und wir feierten bei gutem polnischen Wodka noch zwei weitere Stunden. Piotr und Tomasz waren kein Paar. Piotr erzählte von seinem letzten Partner und wie schwer es für beide war, ihre Beziehung vor den Familien zu

verbergen. Seine Mutter war streng gläubige Katholikin und von ihr wusste er, dass sie Homosexualität für eine Krankheit hielt und dass sie ihren eigenen Sohn deshalb verstoßen würde. Die Freundschaft hielt nicht lange, sie brachten die Kraft nicht auf, zu Ihrem Leben zu stehen.

Mit dieser Geschichte im Kopf, die uns bedrückte und nicht losließ, verabschiedeten wir uns von den beiden. Wir hatten es nicht weit, vielleicht einen Kilometer durch die Stadt. Wir entschieden uns, den Weg zu Fuß zurückzulegen. Ein Taxi sparten wir uns. Auf einem größeren Platz vor einer Kirche kamen uns zwei jüngere Männer entgegen und da fiel es uns erst auf: wir gingen eng umschlungen. Sofort ließen wir einander los und ich wurde auch schon von einem der Männer laut angeschrien und angepöbelt. Ich wurde getreten und mir wurde die Brille aus dem Gesicht geschlagen. Ich war froh, dass der Schlag mich nicht direkt traf und hoffte, dass er nicht erneut zuschlug.

Nach dem ich meine Brille wieder aufgehoben hatte, sie war unbeschädigt geblieben, sah ich den zweiten Mann, der seinen Kumpel zurückpiff und ihm irgendetwas auf Polnisch zurief; irgendwas schrie ich ihm auch ins Gesicht. So schnell wie sie eben noch vor uns standen, waren sie auch wieder verschwunden.

Mein Mann und ich nahmen uns in den Arm; ein Glück, dass nichts weiter passiert war. Schnell ins Hotel und ins Zimmer. Tür verriegeln. In Sicherheit. Am nächsten Morgen besuchten wir das Stettiner Schloss; jedoch hatten wir keine richtige Freude daran. Die Ereignisse am Vorabend waren unser ständiger Begleiter. Ich dachte immer wieder an den Typen mit seinen schnellen Tritten und Schlägen und immer wieder die Vorstellung, was wäre wenn einer von uns ernsthaft verletzt worden wäre. Als wir am Abend in unseren Zug zurück nach Berlin stiegen, ging es uns besser und wir freuten uns auf zu Hause. Stettin so schnell nicht wieder, schworen wir uns.

Zurück in Berlin sprachen wir noch oft von den Ereignissen. Bei unseren Freunden stießen wir auf offene Ohren. Sie stärkten uns dahingehend, dass wir weiterhin –auch in Polen– Hand in Hand gehen sollten- und sie hörten uns zu. So konnten wir die Ereignisse besser verarbeiten. Wichtig war uns auch, dass wir Anzeige bei der Stettiner Polizei erstatteten, damit auch die Behörden von derartigen Vorgängen Kenntnis erlangte. Diese stellten das Verfahren allerdings ein paar Wochen später ohne Begründung ein.

STOPP HOMOPHOBIE



24 WWW.
MANEO.DE/
REPORT

ONLINE - MELDEN

MANEO+

030 - 2163336

- ▶ OPFERHILFE / VICTIM SUPPORT
- ▶ MELDESTELLE / REPORTING POINT
- ▶ GEWALTPRÄVENTION / VIOLENCE PREVENTION
- ▶ ENGAGEMENT / EMPOWERMENT



Foto: 20.06.2018 - Sicher Cruisen - gemeinsame Aufklärungsveranstaltung im Großen Tiergarten mit Beamt*innen der umliegenden Polizeiabschnitte, der zuständigen Direktion 3, Ansprechpersonen für LSBTI der Berliner Polizei, Ordnungsamt und MANEO

Gewaltprävention

SICHER CRUISEN - AUFKLÄRUNGSAKTION IM GROSSEN TIERGARTEN

Unter dem Motto „Sicher feiern in Berlin“ veranstaltete die Berliner Polizei in der Woche vom 18. bis zum 22. Juni 2018 diverse gewalt- und kriminalpräventive Aktionen zu verschiedenen Themenfeldern in ganz Berlin. Indem man über verschiedene Phänomene von Gewalt und Kriminalität in Berlin aufklärte sowie Tipps zum Thema Zivilcourage, Schutz vor Straftaten und Agieren als Zeuge gab, sollte ein Beitrag für Sicherheit und Selbstsicherheit für Menschen, die ihre Freizeit in Berlin verbringen – ob sie nun hier wohnen oder nicht – geleistet werden. Es ging außerdem um die Themenbereiche Alkohol- und Drogendelikte im Straßenverkehr sowie den Umgang mit potenziellen und realen Gefahrensituationen.

Aktion für sicheres Cruisen und gegen Homophobie

Auch die Cruisingszene im Großen Tiergarten war ein Aktionsziel im Rahmen „Sicher feiern in Berlin.“ Am 20. Juni, zwischen 19 und 23 Uhr, zeigten Beamt*innen der umliegenden Polizeiabschnitte, der zuständigen Direktion 3, Ansprechpersonen für LSBTI der Berliner Polizei, Ordnungsamt und MANEO Präsenz. Sie gingen auf die Parknutzer*innen zu, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen, ein aktuelles Bild von der Lage im Tiergarten zu erhalten und Tipps im Umgang mit Gefahrensituationen zu geben.

Die meisten Angesprochenen nahmen die Aktion der Berliner Polizei sehr positiv auf, eben weil es darum ging, das Cruising sicherer zu machen und gegenseitigen Respekt und Rücksichtnahme zu fördern – gerade auch wenn es um den Müll geht. Der Tiergarten soll für alle Gruppen nutzbar bleiben.

MOBILE WACHE JETZT AM NOLLENDORFPLATZ



Foto: 29.06.2018 - Einweihung der Mobilien Wache am Nollendorfplatz. Im Bild (v.l.n.r.) Oliver Schworck, Bezirksstadtrat Tempelhof-Schöneberg und Leiter der Abteilung Jugend, Umwelt, Gesundheit, Schule und Sport (JUGS), Dr. Barbara Slowik, Polizeipräsidentin von Berlin, Andreas Geisel, Berliner Innensenator, Angelika Schöttler, Bezirksbürgermeisterin von Tempelhof-Schöneberg, Dominique Freund, Polizeiabschnitt 41, Uwe Berndt, Leiter des Polizeiabschnitts 41.

Am 29.06.2018, gegen 11:30 Uhr, wurde vom Innensenator Andreas Geisel und der Polizeipräsidentin Barbara Slowik die Mobile Wache am Nollendorfplatz dem Abschnitt 41 übergeben. Es ist eine von fünf neuen Mobilien Wachen, die in Berlin geschaffen und an kriminalitätsbelasteten Orten eingesetzt werden. Verstärkt wird damit der punktuelle Einsatz vor Ort.

Was sind mobile Wachen?

„Wir wollen das Sicherheitsgefühl der Berliner verbessern“, sagte Innensenator Geisel am Freitagvormittag am Nollendorfplatz. Die Mobile Wache war seit Ende letzten Jahres auch vom Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg gefordert worden. Deshalb war Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler anwesend, die die Einrichtung begrüßte.

Bei der Mobilien Wache handelt es sich um ein Fahrzeug, ausgestattet mit Laptop, Drucker, Telefon und Funk. Mit der Mobilien Wache haben eingesetzte Polizisten Zugriff auf alle Polizeisysteme. Während der Öffnungszeiten – angedacht ist ein täglich sechsstündiger Einsatz – sind insgesamt zwölf Polizisten im Einsatz, davon vier am Wagen und acht im näheren Umfeld, die in der Umgebung Streife laufen.

Im Unterschied zur Polizeiwache am Alexanderplatz ist die Polizeiwache am Nollendorfplatz mobiler, das heißt: das Fahrzeug kann jederzeit umgesetzt werden. So wechselte sie bereits vom Nollendorfplatz zum Wittenbergplatz. Auf diese Weise kann auf aktuelle Entwicklungen reagiert werden und diese Maßnahme damit eine nachhaltigere Wirksamkeit entfalten. Die zuständige Polizeidirektion 4 entscheidet selbst, wo sie ihre mobilien Wachen aufstellen will.

Ausbaufähiges Projekt

Viele lokale Medien berichteten vom Einsatz der neuen Polizeiwachen. Recherchen ergaben jedoch, dass für die Mobile Wache am Nollendorfplatz und geplante Einsätze noch Personal fehle, wodurch die einzelnen Dienststellen Polizeibeamt*innen zu Überstunden berufen oder aus dem Innendienst mobilisieren müssen. Senator Geisel erklärte dazu, dass ab Herbst 200 neue Polizeischulabsolvent*innen ihren Dienst antreten werden und damit mehr Personal zur Verfügung stehen werde. Außerdem sei unklar, wie lange die Mobile Wache am Nollendorfplatz eingesetzt wird, und ob tatsächlich immer die geplanten zwölf Beamt*innen eingesetzt würden.

Vor diesem Hintergrund bleibt unklar, ob die Mobile Wache nach „Personallage“ eingesetzt wird bzw. die Kriminalitätsbelastung eine eher untergeordnete Rolle spielt. Bisher liegt nur ein sehr vages Konzept vor, von dem eben nicht gesichert ist, ob und wie es umgesetzt wird.

Unsere Sicht

Bastian Finke, Leiter von MANEO erklärt dazu: „Mit der mobilien Wache wird ein wichtiges und starkes Zeichen gegen die Kriminalität in Schöneberg-Nord gesetzt, eben weil darüber die Kommunikation mit den Bürger*innen im Kiez verstärkt werden soll. Unklar ist jetzt noch das dazu als Grundlage dienende Gewaltpräventionskonzept. Hier muss mehr Transparenz geschaffen werden, um noch effizienter die Kriminalität bekämpfen zu können.“

Quellen

<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2018/06/berlin-mobile-polizeiwachen.html> (19.07.18)

https://www.berliner-woche.de/schoeneberg/c-blaulicht/innensenator-und-polizeipraesidentin-uebergeben-fahrzeug-an-abschnitt-41_a170591 (19.07.18)

<https://www.morgenpost.de/berlin/article214725363/Mobile-Polizeiwache-kostet-100-000-Euro.html> (19.07.18)



Foto: Bastian Finke, Leiter von MANEO und des BERLINER TOLERANZBÜNDNISSES (re.) übergibt einer Mitarbeiterin des Restaurant Feinbergs die Liste mit Unterschriften unter dem Aufruf.

Empowerment

ANTISEMITISMUS HAT IM REGENBOGENKIEZ KEINEN PLATZ

Kurz vor Beginn des Lesbisch-Schwulen Stadtfestes haben 120 Unternehmen im Schöneberger Regenbogenkiez einen Aufruf unterzeichnet, mit dem unmissverständlich erklärt wird, dass Antisemitismus im Regenbogenkiez keinen Platz haben wird. Die Liste wurde am Samstag, 21.07.18, dem Restaurant überreicht. Yorai Feinberg: „Die Aktion hat mich sehr beeindruckt“.

Seit Dezember 2017, so berichtete der Inhaber des israelischen ‚Restaurants Feinberg’s‘ in der Fuggerstraße gegenüber Medien, haben antisemitische Beleidigungen und Bedrohungen gegen ihn und sein Geschäft zugekommen. Yorai Feinberg hatte auf Facebook berichtet: „Ich bekomme seit einiger Zeit wieder verstärkt unzählige Hassmails und Morddrohungen“. Dabei tobe sich offensichtlich auch ein Internettroll aus. Die Hassmails habe er an die Polizei weitergeleitet. Über 10 Anzeigen wurden bereits erstattet. Im Dezember 2017 war ein spektakuläres Video veröffentlicht worden, auf dem ein 60-jähriger Mann vor dem Lokal in menschenverachtender und widerlicher Weise gegen Juden und den Inhaber des Restaurants gehetzt hatte.

„Antisemitische Übergriffe, die wir derzeit in Berlin erleben, erneut auch im Regenbogenkiez gegen das Restaurant Feinberg’s, sind für uns unerträglich. Wir bekräftigen hiermit unsere Solidarität mit unseren jüdischen Mitbürger*innen und betonen: Antisemitismus wird im Regenbogenkiez keinen Platz haben.“

So beginnt der Aufruf, der gestern von MANEO veröffentlicht wurde und mit dem Mitarbeiter um Solidarität und Unterstützung geworben haben. Innerhalb weniger Stunden bekundeten über 120 Geschäfte, Hotels, Restaurants, Bars, Cafés, Spätis, Boutiquen, Friseure, Arztpraxen, Zeitungskioske, Gemüseläden, Apotheken, Fahrradgeschäfte, Fitnessstudios, Blumenläden und viele weitere Firmen und Unternehmen aus dem Regenbogenkiez ihre Solidarität und Unterstützung.

Weiter heißt es in dem Aufruf: „Wir betrachten Vielfalt als Bereicherung, aus der heraus Ideen und Potentiale für unsere Gesellschaft und für unsere Stadt erwachsen, mit denen wir uns eine ge-

meinsame Zukunft und eine freie, friedliche, gerechte und demokratische Gesellschaft gestalten und schaffen können. Wir wenden uns gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und Hassgewalt, gegen Homophobie und Trans*phobie, gegen Rassismus und Antisemitismus, gegen jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Wir setzen uns ein für die demokratischen Grundwerte unserer Gesellschaft, für eine soziale und solidarische Gesellschaft. Dies bedeutet Toleranz, Achtung und Wertschätzung gegenüber Menschen unterschiedlichen Geschlechts, Alters, unterschiedlicher Kultur, ethnischer Herkunft, Heimat, Glauben, religiöser oder politischer Anschauung, Behinderung sowie sexueller Orientierung.“

Kurz vor Beginn des Stadtfestes hat der Projektleiter von MANEO am Samstag, 21.07.18, um 12 Uhr, die Solidaritätsbekundung persönlich im Restaurant Feinberg’s überreicht. Weil der Inhaber Yorai Feinberg nicht anwesend sein konnte, nahm sie stellvertretend eine verantwortliche Mitarbeiterin entgegen. In einem späteren Telefonat bedankte er sich für die Solidaritätsbekundung: „Die Aktion hat mich sehr beeindruckt und mir Mut gemacht. Wir verstehen uns als Teil des Regenbogenkieses, auch wenn ich selbst nicht schwul bin. Euer Zeichen bedeutet mir sehr viel.“

MANEO – DAS SCHWULE ANTI-GEWALT-PROJEKT IN BERLIN engagiert sich seit über 28 Jahren in den Bereichen Opferhilfe, Meldestelle, Gewalt- und Kriminalprävention und Empowerment in ganz Berlin, ebenso im Regenbogenkiez. MANEO hat 2009 das Berliner Toleranzbündnis gegründet, dem über 130 Unternehmen und Institutionen angehören, u.a. Berliner Kulturhäuser wie Friedrichstadt-Palast, Komische Oper und Deutsche

Oper Berlin, die Berliner Polizei, Berlin Tourismus, zahlreiche Berliner Hotels, DEHOGA Berlin, die Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin (dffb), Cine Plus und die Yorck-Kinogruppe, die Jüdische Gemeinde zu Berlin, der Chorverband der Evangelischen Kirchenchöre Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Berliner Clubcommission, alle bedeutenden Berliner LSBT* -Events, Hertha BCS, Vattenfall, Taxi Berlin u.a.m. Auch das Lesbisch-Schwule Stadtfest geht auf eine Idee und das Engagement von MANEO 1992/1993 zurück.



Netzwerke Berlin

WOOF BERLIN
MITGLIED DES BERLINER
TOLERANZBÜNDNISSES (BTB)



Foto: Kim Helling, Inhaber des WOOF Berlin.

Das WOOF BERLIN ist eine der bekanntesten Adressen im Schöneberger Regenbogenkiez – und die stets gut besuchte Bar ist im zwölften Jahr ihres Bestehens offensichtlich beliebter denn je. Im Kern und Herzen einer Bären-Bar sind hier allerdings nicht nur haarige Kerle und deren Liebhaber anzutreffen – vielmehr trifft sich hier eine bunte Mischung aus Alt und Jung, Nachbarn und Neuzugängen, Rugby Player und Leder Kerl, vor allem auch Berlinbesucher aus allen Ecken der Erde, in sämtlichen Über- und Untergrößen. Im WOOF BERLIN geht Fetisch gutgelaunt und freundlich.

Dass Willkommenskultur keine wankelmütige Mode ist, war Barbesitzer Kim Lars von Anfang an wichtig: „Am meisten Spaß macht es, die unterschiedlichsten Menschen ein bisschen näher zusammenzubringen“, sagt Kim Lars, „und Toleranz ist natürlich Voraussetzung. Sie öffnet die Tür für Neugier und Annäherung, Kennenlernen und schlussendlich Akzeptanz. Als kleine Bar sind wir nur ein Mikrokos-

MANEO stellt Mitglieder des BERLINER TOLERANZBÜNDNISSES vor, die sich in Berlin für gesellschaftliche Vielfalt und Toleranz sowie gegen Homophobie und Hassgewalt engagieren. Das von MANEO seit 2009 organisierte Bündnis zählt bereits über 130 Mitglieder.

mos. Doch die Mitgliedschaft im BERLINER TOLERANZBÜNDNIS passt klar zu unserem Selbstverständnis. Wir sind ein Teil der Community. Solidarisch zu sein, gegen Homophobie und Gewalt einzustehen, ist heute wieder wichtiger denn je.“

Das WOOF BERLIN wurde 2016 zur besten Bären-Bar Deutschlands gewählt und ist aktuell im „Baer World Magazine“ als eine der zehn besten Bären-Bars weltweit gelistet. Das WOOF BERLIN

unterstützt die Arbeit des Orden O.S.P.I., MANEO und man-Check, zeigt Flagge, sichtbar auf dem CSD Berlin und als Unterstützer des Community Projekts „CSD Bärentruck“. Das WOOF BERLIN wird nicht nur von internationalen Touristen aus der ganzen Welt besucht, es hat auch ein internationales Baarkeeper-Team hinter dem Tresen zu stehen: Berliner, Schwaben und Frankfurter, langjährigen New Yorker und Australier. Füreinander, Miteinander, Toleranz und Akzeptanz, gegen Homophobie, dafür steht das WOOF BERLIN.

NACHRICHTEN VON UNSEREN PARTNERORGANISATIONEN SOS HOMOPHOBIE FRANKREICH

Der 2006 gegründeten ‚European Alliance Against Homophobia‘ gehören derzeit fünf Organisationen an: SOS homophobie (Frankreich), Lambda Warszawa (Polen), The Rainbow Project (Nordirland), Pink Cross (Schweiz) und MANEO (Deutschland). Gemeinsam verleihen sie einmal im Jahr die TOLERANTIA AWARDS. Zur Preiszeremonie laden sie jährlich abwechselnd in ihre Hauptstädte ein. 2018 wird der Preis wieder in Paris verliehen. An dieser Stelle wollen wir über die Arbeit von SOS homophobie informieren.

PMA
L'ÉGALITÉ
N'ATTEND
PAS !



SOS homophobie ist eine gemeinnützige, ehrenamtlich geführte Organisation, die sich dem Kampf gegen hassmotivierte Diskriminierung und vorurteilsmotivierte Gewalt gegen LGBT* widmet. Die Organisation wurde im April 1994 gegründet und hat heute 1400 Mitglieder, die von einem gewählten 21-köpfigen Vorstand repräsentiert werden und dies in 18 Niederlassungen in ganz Frankreich. 490 Mitglieder beteiligen sich aktiv ehrenamtlich und halten so die Organisation am Laufen. Die Zentrale befindet sich in Paris. Die Organisation finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden sowie durch unregelmäßige öffentliche Förderungen von Projekten durch Städte und Gemeinden sowie der französischen Regierung.

SOS homophobie hat drei wesentliche Arbeitsbereiche: Wir bieten **Hilfe und Beratung** für Menschen, die Gewaltopfer wurden oder homophobe Gewalttaten bzw. Vorfälle telefonisch über die kostenlose Hotline oder per Internet gemeldet haben. Wir können ebenfalls eine Rechtsberatung anbieten, die Opfern Hilfestellungen gewährt, Beschwerden bei Behörden einzureichen und/ oder diese in einem Verfahren vor einem Zivilgericht zu vertreten. Wir leisten **Präventionsarbeit**, indem wir Debatten an Schulen und Universitäten, die die Sichtbarkeit von LGBT* erhöhen sollen, führen sowie indem wir Trainings, die für die spezifischen Problemen von LGBT* sensibilisieren sollen, in öffentlichen und privaten Institutionen sowie Unternehmen anbieten. 2017 konnten über 20.000 Schüler*innen und Student*innen in ganz Frankreich erreicht werden. In der Region Paris wurde vor kurzem ein Kursangebot für Strafgefangene über Diskriminierung und spezifische Probleme von LGBT* implementiert. Und zu guter Letzt engagieren wir uns in der **Lobbyarbeit**. Wir rufen Politiker und Parlamentarier dazu auf, wirksame Maßnahmen zur Prävention homophober und trans*phober Gewalt und Diskriminierung umzusetzen. Der Fokus in diesem Jahr liegt auf der Durchsetzung des Rechts darauf, dass lesbischen Paaren, alleinstehenden Frauen und jedem Menschen mit dem Potential einem anderen Menschen das Leben zu schenken ein legaler Zugang zur Reproduktionsmedizin gewährt wird. Dieses Vorhaben wird vom nationalen Ethikrat unterstützt. Präsident Macron, der diesen eingesetzt hatte, sieht dessen Empfehlungen als Grundvoraussetzung für jedes legislative Vorhaben an.

Unser **jährlicher Report** wurde am 17. Mai 2018 veröffentlicht. Dies ist bereits die 21. Ausgabe und es ist noch immer die einzige statistische Erfassung homophober und trans*phober Diskriminierungen und Hassgewalt gegenüber LGBT* in Frankreich. Die Basis dieser Erfassung sind Aussagen, die wir über unsere Hotline und per Internet über das Jahr hinweg erhalten haben. Im Jahr 2017 hat SOS homophobie 1650 solcher Meldungen erhalten, das sind bspw. 4,8% mehr als in 2016. Das bedeutet, dass gegen LGBT* gerichtete Straf- und Gewalttaten in den letzten zwei Jahren angestiegen sind. Diese Zahlen reichen an das Niveau der Jahre vor der französischen Kontroverse um die gleichgeschlechtliche Ehe heran, als wir erschütternde Anstiege von 27% im Jahr 2012 und 78% im Jahr 2013 festgestellt haben.

Das wichtigste Event in diesem Jahr wird das **SOS homophobie LGBT+ meeting „For a more inclusive society“** [SOS homophobie Kongress „Für eine inklusivere Gesellschaft“] sein, das wir am 6. und 7. Oktober, direkt nach der Verleihung der Tolerantia-Awards, veranstalten. Es wird 11 Workshops zu drei Hauptthemen geben: Gender, Elternschaft und zukünftige Herausforderungen für LGBT*. Dieses wird durch Experten (Akademiker und Betroffene) unterstützt. Am ersten Tag ist die Veranstaltung für die Öffentlichkeit zugänglich. Am zweiten Tag heißt es dann: Nur für Mitglieder von SOS homophobie. Die Eröffnungsrede wird der französische Justizminister a.D. und französische Ombudsmann für Menschenrechte, Jacques Toubon, halten. SOS homophobie fühlt sich geehrt, die diesjährige Preisverleihung veranstalten zu dürfen und freut sich darauf, die europäischen Partner der EUROPEAN ALLIANCE AGAINST HOMOPHOBIA in Paris begrüßen zu dürfen.

EHRENAMT?

EHRENSACHE!

Wir suchen engagierte ehrenamtliche Mitarbeiter, die unsere Gewaltpräventionsarbeit unterstützen.

Bei MANEO verbinden sich hauptamtliche und ehrenamtliche Arbeit. In fast allen Bereichen der Projektarbeit sind ehrenamtliche Mitarbeiter beteiligt. Ohne ihr tatkräftiges Engagement wäre MANEO heute nicht das, was es heute ist: ein etabliertes, vielseitiges, anerkanntes und dynamisches Anti-Gewalt-Projekt. Für das Ehrenamt gelten bei MANEO Anforderungen und Standards, die für die Qualitätsentwicklung der Projektarbeit unabdingbar sind und deshalb auch sichergestellt werden.

➔ **Melde Dich! Schreibe uns**

IMPRESSUM

MANEO - DAS SCHWULE ANTI-GEWALT-PROJEKT IN BERLIN

Ein eigenständiges Projekt von Mann-O-Meter e.V. // Bülowstraße 106, 10783 Berlin
Hotline: 030-2163336 // Email: maneo@maneo.de // Online: www.maneo.de

SPENDENKONTO:

Mann-O-Meter e.V. // IBAN: DE96 1002 0500 0003 1260 00 // BIC: BFSWDE33BER
(Bank für Sozialwirtschaft) // Zweck: Opferhilfe. // Spenden sind steuerabzugsfähig.
Für die Erstellung einer Spendenbescheinigung bitten wir um eine Benachrichtigung.

ERMÖGLICHT DURCH MITTEL DER LOTTO-STIFTUNG BERLIN.

